

Beschluss des Landrats vom 15.12.2021

Nr. 1309

27. Fachstelle LGBTQIA* 2021/44; Protokoll: bw

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Miriam Locher (SP) erinnert daran, dass in diesem Saal bereits mehrmals über dieses Thema diskutiert worden sei. Es ist eine Tatsache, dass im Moment keine Verwaltungsstelle für LGBTQIA* zuständig ist. Die Vorstösse in diesem Bereich werden je nach thematischem Fokus ad hoc bearbeitet.

Vor ziemlich genau einem Jahr reichte Miriam Locher einen Budgetvorstoss ein, der die Schaffung von Stellenprozenten und eine Erweiterung der Fachstelle für Gleichstellung anregte. Dies in erster Linie, weil die Fachstelle für Gleichstellung seit Jahren eine ähnliche Stellenprozentzahl aufweist und damit ihren Auftrag, die Gleichstellung von Mann und Frau, gewährleisten muss und deshalb schon mehr als ausgelastet ist. Es braucht also eine neue Lösung, um dem Thema LGBTQIA* gerecht zu werden. Es ist der Rednerin bewusst, dass das Thema an einigen Stellen allergische Reaktionen auslösen kann. Es ist aber festzuhalten, dass wohl genau die Personen, die allergisch reagieren, nicht auf eine solche Fachstelle angewiesen sind.

Wieso ist die SP-Fraktion davon überzeugt, dass es eine solche Fachstelle im Kanton Basel-Landschaft braucht? Aktuell gibt es keine zuständige Stelle in der Verwaltung und somit auch nicht das nötige Fachwissen, um sich dieses Themas annehmen zu können. Hatecrime, Diskriminierung im Beruf, rechtliche Gleichstellung, usw. – für all das gibt es keine spezialisierte Fachstelle. Die effizienteste Lösung zur Schliessung dieser Lücke ist eine Ergänzung des Auftrags der Fachstelle für Gleichstellung beziehungsweise die Schaffung einer neuen zuständigen Stelle.

Die Fachstelle für Gleichstellung hat im Moment den Auftrag, die Gleichstellung von Mann und Frau zu gewährleisten, der eigentlich nicht mehr ganz zeitgemäss ist. Andere Kantone sind dem Baseltal einen grossen Schritt voraus und haben mit der Planung entsprechender Stellen begonnen. Miriam Locher wünscht sich, dass auch der Kanton Basel-Landschaft vorangeht und in diesem Bereich eine Vorbildfunktion einnimmt. Vermutlich sind nicht viele der hier Anwesenden auf eine solche Fachstelle angewiesen – der Landrat vertritt aber alle Menschen und daran sollten die Mitglieder stets denken. Vor einem Jahr wurde der Budgetvorstoss abgelehnt. Inhaltlich gab es keine Voten dagegen. Die Meinung war einhellig, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt, allerdings wurde die Form kritisiert. Es wurde gesagt, das Thema solle nicht im Rahmen eines Budgetvorstosses, sondern als ordentlicher Vorstoss eingebracht werden. Die Personen, die sich entsprechend geäussert haben, werden gerne beim Wort genommen und Miriam Locher würde sich freuen, wenn der vorliegende Vorstoss die Zustimmung des Landrats erhalten würde, damit Synergien geschaffen und Ressourcen gebündelt werden können, um die heutige Ad-hoc-Situation zu beenden.

Andi Trüssel (SVP) geht davon aus, dass er mit seinen biologischen Wertvorstellungen zu einer Minderheit gehöre, derart umfassend und komplex war die Begründung des Regierungsrats, um von einer Motion zu einem Postulat überzugehen. Eine Anlaufstelle für LGBTQIA+* (bewusst auf Deutsch ausgesprochen) scheint das grösste Problem zu sein, welches die Gesellschaft momentan zu bewältigen hat. Es gibt aber grössere Probleme als den Genderhype – auch für diese Personen. Man denke an die Verschuldung, Corona, die Energieversorgung, unkontrollierte Zuwanderung etc.

In den USA gibt es bereits über 50 verschiedene Geschlechter. Das ist wahrhaftig eine biologische Evolution oder gar Revolution. In den USA kann man sich sogar selbst heiraten. Das führt zur doppelten Rente für eine Person. Wenn dies Schule macht... Gemäss Bundesrat kann man bereits mit 16 Jahren per Brief eine Umwandlung der Geschlechteridentität für CHF 75.– vornehmen, welche dann automatisch und unbürokratisch bearbeitet wird. Vor der RS wird Mann zur Frau, darf nicht ausgehoben werden, leistet weder Zivildienst noch Wehrpflichtersatz. Richtig interessant wird es aber als Mann, kurz vor der Pensionierung eine Umwandlung einzureichen: Die AHV fliesst dann bereits mit 64 Jahren. Sollte der zur Frau gewordene Mann verheiratet sein und die Partnerin oder der Partner stirbt, dann erhält sie Witwenrente. Das hat das Bundesamt für Sozialversicherungen bestätigt. Auf das Nennen weiterer Beispiele wird verzichtet.

Zur Sprache: Dabei handelt es sich eigentlich um ein präzises Instrument, um etwas beschreiben zu können. Berücksichtigt man +, * und das x, dann könnte es nach Hornscheidts Leitfadens wie folgt heissen: «Dex Radfahrx hat x Rad zur Reparatur gebracht. X wollte eine Ex-Freundx mit Möglichkeit einer Radtour überraschen.» Alles klar? Andi Trüssel hat den Eindruck einer Orchestrierung durch Bundesbern in die Kantone hinab. Jeder Kanton soll ein Gleichstellungsbüro haben, fordert die SP-Nationalrätin Laurence Fehlmann Rielle per Motion – und das mitten in einer Krise. Die Linken scheuen nicht, politisches Kapital aus der Seuchensituation zu schlagen. Tamara Funiello, SP, will beispielsweise ein Gender Budgeting einrichten. Ihre Parteikollegin Min Li Marti will die gesamte Datenlage des Bundes auf Geschlechter ausrichten. Als ob dies derzeit das dringlichste Problem wäre.

Die Fraktion der Grünen in Bundesbern hat eine dringliche Interpellation mit dem Titel «Gleichstellungspolitische und frauenspezifische Herausforderungen in der Coronakrise annehmen» eingereicht – willkommen in Absurdistan. Allein das eidgenössische Gleichstellungsbüro verfügt über ein Budget in Höhe von CHF 5 Mio. und 15 Vollzeitangestellte. Dazu kommen mindestens 17 kantonale Ämter beziehungsweise Büros für Gleichstellung, mindestens 5 städtische Einrichtungen sowie Gleichstellungsabteilungen an den Universitäten etc.

Die SVP-Fraktion lehnt die Motion und auch das Postulat entschieden und einstimmig ab.

Marc Schinzel (FDP) sagt, es sei unbestritten, dass niemand aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder aufgrund seiner Geschlechtsidentität diskriminiert werden dürfe. Dieses Anliegen ist ganz wichtig und letztlich in Artikel 8 der Bundesverfassung klar festgehalten. Die FDP-Fraktion steht voll dazu. Es war übrigens schon immer ein liberales Credo, nicht auf die Person zu schauen, sondern dass alle Personen in diesem Land sich so entwickeln können sollen, wie sie es nach ihren Fähigkeiten, Wünschen und Zielen für richtig halten. Das ist das liberale Grundcredo, zu dem die FDP-Fraktion voll und ganz steht.

Nichtsdestotrotz kann die FDP-Fraktion diesen Vorstoss weder als Motion noch als Postulat gutheissen. Sie will keinen weiteren Ausbau der Verwaltung in diesem Bereich. In der Stellungnahme des Regierungsrats wird deutlich, was auch die Haltung der FDP-Fraktion ist: Die Fachstelle Gleichstellung im Kanton Basel-Landschaft nimmt sich bereits heute dieser Themen an. Es ist nicht so, wie es von Miriam Locher gesagt wurde, dass all dies in Schachteln separiert werden könnte. Die Gleichstellung von Mann und Frau hat sehr wohl einen sehr direkten Bezug zu Gleichstellungsthemen, die die sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität betreffen. Das ist offensichtlich. Das Fachwissen ist bereits heute vorhanden und die FDP-Fraktion sieht keine Notwendigkeit, die staatliche Stelle weiter auszubauen. Ein weiterer Aspekt: Damit wird den Betroffenen nicht wirklich geholfen. Es geht um niederschwellige Hilfe. Die Verwaltung ist hierfür aber nicht der richtige Ansprechpartner. Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass es in diesem Bereich viele zivile Organisationen gibt, die über Jahre und Jahrzehnte Know-how angeeignet haben. Von diesem Know-how kann durchaus auch der Kanton profitieren. Es sei daran erinnert, dass es beispiels-

weise die Homosexuelle Arbeitsgruppe Basel (HABS) gibt oder den Basler Jugendtreff anyway, das Network der Region Basel, create equality, die AIDS-Hilfe Basel. Dabei handelt es sich um private Organisationen, die seit Jahren niederschwellig Know-how anbieten, was dazu führt, dass die Menschen Vertrauen haben und sich an diese Organisationen wenden. In der Verwaltung fehlt den Leuten der direkte Bezug zu den Betroffenen. Man würde jetzt etwas schaffen, was in privaten Organisationen bereits vorhanden ist. Der Einbezug der zivilen Organisationen ist der FDP-Fraktion wichtig. Aus diesem Grund ist die FDP-Fraktion der Meinung, man sollte in den Bereichen, in denen es überhaupt nötig ist, auf die privaten Organisationen zugehen und diesen Gelegenheit geben, ihr Know-how punktuell anbieten zu können. Ein weiterer Ausbau der Verwaltung in diesem Bereich führt zu keinem Gewinn. Das Verhältnis von Kosten und Nutzen genügt nicht. Die Verwaltungsstelle wird vor allem Papier produzieren. Das hilft den Betroffenen aber nicht. Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion sowohl eine Motion als auch ein Postulat ab. Diese Meinung wurde stets so vertreten.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) erklärt, die CVP/glp-Fraktion sei bei diesem Thema geteilter Meinung. Eine Motion wird abgelehnt – bezüglich Postulat gehen die Meinungen auseinander. Für einen Teil der Fraktion sind zusätzliche Ressourcen zweifellos notwendig, um den Problemen und Fragen der betroffenen Personengruppen gerecht zu werden. Hier sei auch an die Interpellation der Rednerin von Anfang Jahr erinnert. Die Antworten dazu wie auch die Stellungnahme der Regierung zur vorliegenden Motion wurden sehr ernsthaft ausgearbeitet. Das heisst aber nicht, dass der Kanton Basel-Landschaft zwingend eine zusätzliche Stelle braucht. Auch hier ist der zustimmende Teil der CVP/glp-Fraktion eher der Meinung von Marc Schinzel. Die Befürworter eines Postulats könnten sich durchaus vorstellen, dass Beratungen bei Organisationen eingekauft werden können – es besteht kein Bedarf, das Rad neu zu erfinden. Genauso vorstellbar ist eine Zusammenarbeit mit Basel-Stadt, wo die Diskussion ebenfalls im Gange ist. Der andere Fraktionsteil sieht keinen Handlungsbedarf, weil bereits die Fachstelle für Gleichstellung existiert, welche für diese Bedürfnisse ausreiche.

Miriam Locher (SP) hatte gehofft, dass heute nicht die hässliche Komponente in der Diskussion auftrete und man sich nicht auf das tiefe Niveau herunterlassen müsse, auf dem gefragt wird, ob man keine richtigen Probleme habe. Die Menschen, die es betrifft, haben ernsthafte Probleme. Es ist Aufgabe der Landratsmitglieder, auch diese Menschen ernst zu nehmen und sich nicht darüber lustig zu machen.

An Andi Trüssel: Orchestrierung von Bundesbern? Vielen Dank für das Kompliment, da traut er Miriam Locher aber viel zu... Aber im Ernst: Sie kennt einfach viele Betroffene und weiss, dass Handlungsbedarf besteht, und steht auch mit den Organisationen in Kontakt. Deshalb entstand dieser Vorstoss. Von einer Orchestrierung kann also nicht die Rede sein. Ob das bei der SVP auch nicht immer der Fall ist, ist ihr nicht bekannt. Dass Andi Trüssel von der Thematik nicht betroffen ist, zeigte sein Votum deutlich. Von Hype zu sprechen, schmerzt, denn Diskriminierung und diskriminiert zu werden hat sicherlich zuletzt mit Hype zu tun. Man sollte sich auch nicht über Jugendliche oder Erwachsene lustig machen, die aufgrund ihrer Sexualität oder aufgrund ihrer sexuellen Identität unter Mobbing leiden und oft Selbstmordgedanken haben – was Statistiken belegen. Auch ist zu erwähnen, dass sich non-binäre Menschen solche Entscheide sicherlich nicht leicht machen, und davon zu sprechen, sich nur als Frau registrieren zu lassen, um dem Militärdienst entgehen und sich früher pensionieren lassen zu können, zeigt einfach, dass sich Andi Trüssel noch nie intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Ein solcher Entscheid kann nicht leichtfertig gefällt werden und hat weitreichenden Einfluss auf das alltägliche Leben. Das hat keinen Platz hier drin und Miriam Locher schämt sich für diese Aussage. *[zustimmendes Klopfen von links]*

Es ist eine Tatsache, dass die heutigen Stellenprozente nicht reichen – deshalb dieser Vorstoss.

Die Angst vor dieser Thematik ist unverständlich.

An Marc Schinzel: All diese Organisationen sind Miriam Locher bekannt und sie befindet sich in regelmässigem Austausch mit ihnen. Sie spricht ihnen sicherlich nicht die Kompetenz ab. Gerade weil sie mit ihnen in Kontakt steht, weiss sie aber auch, dass es in den Kantonen eine zuständige Stelle braucht und dass die Fachstelle in ihrer heutigen Ausprägung hierfür nicht ausreicht. Es ist falsch, sich hinter diesen Organisationen zu verstecken.

Zum Schluss auf die Frage, ob es keine ernsthaften Probleme gibt: Als Gesellschaft gibt es momentan viele Probleme. Das Thema ist aber für die Betroffenen mit ernsthaften Problemen verbunden und es ist die Pflicht des Landrats, sich dieser anzunehmen. Es ist bedauerlich, dass nicht alle vorherigen Redner an die Diskussion im letzten Jahr anknüpften und Unterstützung zusicherten. Nichtsdestotrotz ist das Anliegen viel zu wichtig, als dass der Vorstoss abgelehnt wird, weshalb die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Der Handlungsbedarf besteht, insofern der Appell an den Landrat heute auch zu handeln.

Irene Wolf-Gasser (EVP) erklärt, dass die Grüne/EVP-Fraktion eine Motion nicht, ein Postulat aber grossmehrheitlich unterstützen würde. Der Graben verläuft zwischen den Parteien Grüne und EVP hindurch. Ganz eindeutig ist es zwar nicht, denn es wird auch Enthaltungen seitens EVP geben. Eine grosse Mehrheit unterstützt aber das Postulat.

Bálint Csontos (Grüne) freute sich über die Phrase «Jeder nach seinen Fähigkeiten» im Votum von Marc Schinzel, hat dieser damit doch ein Zitat von Karl Marx zum neuen liberalen Credo erklärt. *[Gelächter]* Das ist fast schon eine hegelianische Synthese, die den Landrat wirklich weiterbringen kann.

Andrea Heger (EVP) bittet darum, dass die emotional Erhitzten sich vom Durchzug im Saal abkühlen lassen und mit kühlem Kopf nochmals überlegen. Es handelt sich nun um ein Postulat. Bei der Überweisung des Postulats geht es gar nicht um die Frage, ob man inhaltlich mit Geschlechtsumwandlungen und dergleichen einverstanden ist. Es geht darum anzuerkennen, dass in der Gesellschaft und vor allem bei der Jugend Fragen und Unsicherheiten da sind und ein Bedürfnis besteht, sich Fachinformationen abholen zu können. Aus diesem Grund ist eine klare Zuweisung wichtig, welche Direktion oder welche Dienststellen sich mit diesem Thema beschäftigen. Diese können zu einer Anlaufstelle werden und sich Know-how aufbauen. Das bedeutet nicht, dass die erwähnten privaten Organisationen nicht berücksichtigt werden können, aber das Wissen wird an einem Ort aufgebaut und von dort auch weiterverwiesen.

In Bezug auf die Stellenprozente ist Andrea Heger der Meinung der CVP/glp-Fraktion. Es ist nicht sicher, dass höhere Stellenprozente notwendig sind. Es ist ja ersichtlich, dass bei Themen der Gleichstellung gewisse Fortschritte machbar sind und es kann sein, dass einige frühere Aufgaben zugunsten eines neuen Fokus weggelassen werden können. Ein Postulat hilft, all dies aufzuzeigen, auch ob es überhaupt eine Erhöhung der Stellenprozente benötigt. Der Landrat wird gebeten, sich einen Ruck zu geben und das Postulat zu unterstützen.

://: Der Vorstoss wird als Postulat bei einem Abstimmungsresultat von 41:41 Stimmen bei 1 Enthaltung mit Stichentscheid der Landratspräsidentin überwiesen.
